



Niederschrift

26. Plenarsitzung des Gemeinderates
22. Juni 2021, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

6.

Punkt 4 der Tagesordnung: Bebauungsplan „Beiertheimer Feld, II. Abschnitt, Änderung südlich des Weinbrennerplatzes“, Karlsruhe-Südweststadt und Weststadt

Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss

Vorlage: 2021/0715

dazu:

Änderungsantrag: CDU

Vorlage: 2021/0715/1

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Aufstellung des Bebauungsplans „Beiertheimer Feld, II. Abschnitt, Änderung südlich des Weinbrennerplatzes“, Karlsruhe-Südweststadt und Weststadt, und die Fortführung des Verfahrens mit der Auslegung des Bebauungsplanentwurfs gemäß § 3 Abs. 2 BauGB. Der Auslegung ist grundsätzlich der Bebauungsplanentwurf vom 1. Dezember 2008 in der Fassung vom 7. Juni 2021 zugrunde zu legen. Änderungen und Ergänzungen, die die Grundzüge der Planung nicht berühren, kann das Bürgermeisteramt noch in den Bebauungsplanentwurf aufnehmen und zu diesem Zweck gegebenenfalls die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfs wiederholen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: Bei 32 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Änderungsantrag: Bei 21 Ja-Stimmen und 28 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 4 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Sinn dieses Bebauungsplans ist die langfristige Sicherung der Kleingärten, der Grünflächen zwischen Weinbrennerplatz und Günther-Klotz-Anlage, die Erweiterung der Kita am Weinbrennerplatz und die Sicherung des Aktivspielplatzes. Soweit sind wir wohl alle noch dafür. Nicht zufrieden waren wir und auch einige andere damit, dass ein Teil des

Schulhofs der Weinbrennerschule im Rahmen dieser Änderungen zum Parkplatz werden sollte. Das ist inzwischen geändert worden, vielen Dank an das Stadtplanungsamt dafür.

Jetzt ist nur noch ein Problem, dass ein Zaun mitten durch den Schulhof gebaut wurde. Aber das ist nicht Bestandteil dieses Bebauungsplans, sondern da muss die Schule sich noch mit dem Gartenbauamt einigen. Dann gab es Diskussionen um die Autos. Die dürfen nicht mehr ins Kleingartengebiet. Ich glaube, das ist eigentlich selbstverständlich. Das ist quasi überall so der Fall. Das ist hier im Moment noch eine absolute Ausnahme, weil es bisher nie ein geplantes Kleingartengebiet war. Dann ging es um die Frage, wie viele Parkplätze. Da hat die CDU den Antrag gestellt, dass die 73 Parkplätze erhalten werden sollen. Aber die gibt es gar nicht, sondern die 73 ist nur die Zahl, die theoretisch nötig wäre, wenn es keine Straßenbahnen gäbe und keine Busverbindung und man nicht zu Fuß oder mit dem Fahrrad hinkommen könnte. Aber das ist alles der Fall. Deshalb sind nach Landesbauordnung nur 46 Parkplätze nötig, wie es erläutert wird. Dem könnte man wohl noch zustimmen. Aber da geht es dann darum, wo kommen die dann hin. Das muss noch geklärt werden. Es ist aus dem Bebauungsplan bewusst rausgenommen worden, ist auch okay so. Wir würden nur gerne nachher noch darüber bestimmen, wo sie denn tatsächlich hin kommen. Zum Wohngebiet Eisenlohrstraße, das liegt gleich nebendran, könnten dann auch Leute ausweichen mit ihrem Auto, wenn sie nicht mehr in der Kleingartenanlage parken dürfen. Deshalb ist ganz wichtig, dass das Bewohnerparken kommt, das auch geplant ist für die nächste Zeit, damit die dort Wohnenden beim Parken bevorrechtigt werden können.

Wir stimmen gerne zu. Den Änderungsantrag lehnen wir ab.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Die CDU wird diesem Plan nicht zustimmen, jedenfalls nicht so, sondern verfolgt ihren Änderungsantrag konsequent. Es kann überhaupt keine Rede davon sein, dass 73 Stellplätze nicht zulässig seien. Sie sind geboten nach aller Erfahrung. Dieses Kleingartengebiet hat eine besondere Historie. Es wäre geradezu unerklärlich, wenn man den Nutzern, die häufig über mehrere Jahrzehnte ihre Flächen nutzen, jetzt auf einmal erklärte, sie könnten nicht mehr mit ihren Kinderwägen, mit ihrem Gartenzubehör und so weiter in die Nähe ihres Kleingartens fahren, sondern sind auf Schubkarren und dergleichen angewiesen. Das können wir nicht akzeptieren. Ich will sogar so weit gehen, von einem gewissen Bestandsschutz auszugehen für die Besonderheit dieses Kleingartengebietes.

Die Problematik hat der Kollege schon aufgezeigt. Er verweist in andere Wohngebiete, gleichzeitig empfiehlt er aber dann, Bewohnerparken verstärkt auszuweiten, sodass also eigentlich keine Alternativen bestehen würden. Es gibt indessen zum Antrag der CDU keine Alternative. Wir bestehen auf die 73 Stellplätze, die noch am nächsten einem derzeitigen Bestand gleichkommen, aber auch nicht ausgleichen.

Wir könnten mit dem Auslegungs- und Aufstellungsbeschluss leben, wenn uns die Verwaltung zusagen würde, insoweit eine Änderung vorzunehmen, dass die Restriktion auf 46 zurückgenommen wird und 73 Stellplätze weiter geplant werden.

Stadtrat Zeh (SPD): Das Beierthemer Feld hat da eine lange Vorgeschichte. Es war ursprünglich als Wohnbaugebiet geplant. Jetzt ist es als Frischluftschneise für die Weststadt, als grüne Lunge für die Weststadt anerkannt. Der Aufstellungsbeschluss hat eine längere Vorgeschichte. Da ist zunächst die dringend notwendige Erweiterung für eine Kita im Bereich der Weinbrennerschu-

le. Ich finde es eine geschickte und gute Lösung, was jetzt das Stadtplanungsamt gemacht hat, hier einen Sonderbereich Bildung anzulegen und die Detailfragen dann dort weiter zu klären.

Wichtig war uns als SPD-Fraktion, und da haben wir auch Gespräche geführt, dass die Parkgelegenheiten, die sich derzeit entlang der Sporthalle befinden, nicht nach Süden erweitert werden in diesen Grünzug hinein, sodass diese Grünstraßen zunächst mal weiter so erhalten bleiben. Wichtig finde ich auch, dass die Durchwegung dieser Gärten - es ist keine Kleingartenanlage, sondern es sind Gärten, die einzeln vermietet werden - tatsächlich geführt wird. Der Nord-Süd-Weg ist im Prinzip schon gemacht. Es fehlt noch der Ost-West-Weg in Richtung Siegfried-Kühn-Straße. Auch dort wären dann Parkgelegenheiten vorhanden, um den Gärtnern einen kurzen Weg anzubieten. Strittig wird sicherlich - es ist zunächst Auslegungsbeschluss, und es kommt auch eine Bürgerbeteiligung - die Parkierung sein. Aber ich glaube, weniger, Herr Pfannkuch, für die Kleingärtner, als mehr der Parkdruck in der Eisenlohrstraße schon zu spüren ist mit Bewohnerparken. Es ist ja Gott sei Dank jetzt zusätzlicher Parkraum auf dem Gustav-Heller-Platz geschaffen worden. Es ist hier im Plan derzeit ein Kreisverkehr drin, der sicherlich an der Stelle nicht unbedingt notwendig ist. Es ist aber Bestand diese Parkierung am Gustav-Heller-Platz. Die sollte auch weiterhin so behandelt werden. Sicherlich werden wir uns mit der Parkierungsfrage, wenn die Eisenlohrstraße neu zu gestalten ist, noch einmal beschäftigen müssen, unabhängig von diesem Bebauungsplan.

Deshalb stimmen wir gerne der Auslegung zu. Es ist das Baurecht zu schaffen für die Kita, den Schulhof so zu erhalten, dass das auch zur Ganztages-Weinbrennerschule gemacht werden kann. Letztendlich lehnen wir den CDU-Antrag ab, wobei wir sicherlich sehen, das Thema Parkieren wird in der öffentlichen Diskussion und bis zum Satzungsbeschluss sicher noch ein paar Mal eine Rolle spielen. Also Zustimmung zum Auslegungsbeschluss und Nein zum CDU-Antrag.

Stadtrat Høyem (FDP): Wir haben mit Ihnen das sehr detailliert diskutiert. Wir haben auch gehört, was der Bürgerverein über diese Situation denkt. Deshalb unterstützen wir total, was die CDU vorgeschlagen hat.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Der Bürgerverein dort sieht die Situation ganz anders als die GRÜNEN oder die SPD. Wir wurden drauf hingewiesen, dass dort die Frustration bereits sehr groß ist durch die Abschaffung des Gehwegparkens. Wir als AfD hatten am deutlichsten Widerstand geleistet. Es sind dort bereits 30 Parkplätze weggefallen im Bereich des Gustav-Heller-Platzes. Für die Bürger dort ist es ein Riesenproblem, denn es ist nicht nur ein Wohngebiet, sondern es sind auch viele Notare, Rechtsanwälte, Ärzte, Gewerbetreibende ansässig, Leute, die Kundenverkehr brauchen, um ihr Geschäft betreiben zu können, und es gibt sehr wenig Parkplätze. Das heißt, wenn man jetzt da Anwohnerparken macht, wie von den GRÜNEN vorgeschlagen, werden dann die Parkplätze noch weiter reduziert. Dann haben diese Gewerbetreibenden und diese Praxen und Büros ein Riesenproblem. Es wollen natürlich auch die dort wohnenden Bürger nicht. Die haben sich an die Wohnsituation dort gewöhnt und wollen, dass es so bleibt.

Vor dem Hintergrund ist es wirklich heftig, was jetzt hier gemacht wird, nicht nur für die dort wohnenden Bürger, sondern auch für die vielen Menschen, die dort diesen Bereich nutzen, um Kleingärten zu betreiben. Viele von diesen Gartenanlagen werden von mehreren Familien gemeinsam genutzt, das heißt, pro Garten im Schnitt wahrscheinlich sogar mehr als eine Familie. Wenn man bedenkt, dass es für all diese Gärten bereits jetzt nur 73 Parkplätze gibt, dann ist es eigentlich schon das absolute Minimum. Jetzt soll praktisch die Hälfte davon noch weggenom-

men werden. Wie will man das den Bürgern erklären? Das wird dann ein Riesenchaos geben. Deswegen danken wir der CDU für diesen Antrag und werden ihn voll unterstützen. Wir geben allen, die jetzt meinen, sie müssten diese neue Planung unterstützen, zu bedenken, dass dort ein Riesenproblem geschaffen wird für die Bevölkerung. Ich frage mich, für was wir eigentlich die Bürgervereine immer involvieren, wenn wir uns nachher gar nicht darum scheren, was die uns zu sagen haben.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich habe mich am Anfang der Debatte gefreut, dass es für manche hier im Haus doch eine Sache gibt, die heiliger ist als Parkplätze, und das war der Schulhof. Das hat mich sehr gefreut. Aber diese Entscheidung, dieses Ergebnis muss ich heute anscheinend wieder revidieren. Vor allem, es geht hier gar nicht um die Lösung von einem Parkproblem des Stadtteils, der bestehen mag, sondern es geht um den Schutz von einer Gartenanlage. Die Parkplätze, von denen Sie hier reden, dass die würden, die gibt es doch gar nicht. Was ist denn bisherige Situation? Wir haben unregelmäßiges Parken mit unschönen Begleiterscheinungen für die Grünanlagen. Das wollen wir in Zukunft nicht mehr, sondern wir wollen geregeltes Parken, und zwar an zugewiesenen Orten. Denn es ist jetzt schon so, dass man alle Parzellen direkt mit dem Auto erreichen könnte. Es ist nicht die Frage, dass es weniger Parkplätze werden, sondern nur, dass weniger geschaffen werden. Möglicherweise sind es dann am Ende sogar mehr als aktuell.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Grundsätzlich zum Auslegungsbeschluss, dem stimmen wir zu. Es geht in erster Linie um die Weinbrennerschule, um die Kita und was dort im Umfeld zu tun ist. Diese Diskussion um die Parkräume: Ich war selber im Ausschuss und kenne auch die Intention einiger Anwohner zwischenzeitlich. Es ist im Umfeld der Kleingartenanlage derzeit kritisch, und mit dem Anwohnerparken wird es noch kritischer. Was wir natürlich nicht wollen, ist, dass ein wildes Parken in dieser Kleingartenanlage praktiziert wird. Das hat auch die CDU und der Herr Pfankuch ganz deutlich gesagt. Wir wollen eine Neuordnung. Das halte ich für wichtig. Deshalb sollte man diese Diskussion nicht ersticken. Das heißt, die Bürgerbeteiligung, die gefordert wird, werden wir mittragen. Wir würden auch sagen, wir sollten eine Diskussion in diesem gesamten Umfeld führen: wie die Parkplätze außerhalb der Gartenanlage gestaltet werden können, ob ein Anwohnerpark notwendig ist, ob Alternativen - wie ich im Ausschuss schon bereits sagte - in parallelen gewerblichen Parkhäusern an der Südendstraße möglich sind. Darüber muss man im Allgemeinen diskutieren.

Wir sind relativ wohlwollend mit dem Antrag. Ob wir einheitlich abstimmen, kann ich jetzt nicht sagen. Aber uns geht es hauptsächlich darum, dass das Thema Schule vorankommt. Dann müssen wir uns wirklich Gedanken machen, wie ordnen wir diese Gartenanlage, die teilweise jetzt in einem desolaten Zustand ist, richtig und neu und machen uns wirklich Gedanken, wie wir die Parkplätze entsprechend anbringen. Ob es dann nachher zehn weniger oder mehr sind, ist okay. Aber diesen Gedanken dürfen wir hier an dieser Stelle nicht wegschieben.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Mein Kollege, der Herr Haug, und ich werden dem Änderungsantrag der CDU zustimmen. Denn es ist richtig, dass die CDU diesen Antrag gestellt hat. Jeder, der im Planungsausschuss war, kennt auch den Hintergrund dieses Antrages. Ich möchte es auch noch einmal deutlich sagen, der Bürgerverein hat sich ganz klar positioniert, hat ganz klar die Interessen des Stadtteils benannt und eben, dass sie mit dieser Planung, wie sie jetzt vorgeschlagen wird, nicht einverstanden sind. Ich denke, dem sollte man schon auch ein Stück weit Gehör schenken und dem folgen.

Trotzdem geht es natürlich heute hauptsächlich um die Situation an der Weinbrennerschule. Da denke ich, besteht ja auch kein Widerspruch hier im Haus, dass das mitgetragen wird.

Der Vorsitzende: Ich finde, die Vorlage zeigt exemplarisch die Komplexität und Schwierigkeiten, Interessensausgleiche auf den geringen städtischen Flächen herzustellen. Wir haben es im Grunde mit drei unabhängigen Dingen zu tun, die hier zusammenkommen. Das eine ist, wir brauchen dringend diese Erweiterung für die Kita, und das geht eben nur zulasten eines Schulhofs, der jetzt schon mehr als doppelt so groß ist, als es üblicherweise solche Schulhöfe sind. Ich war vor zwei oder drei Jahren vor Ort. Die Eltern haben da zum Teil mit enormer Eigeninitiative ganz kuschelige Ecken auf dieser Anlage geschaffen. Die verstehen jetzt überhaupt nicht, wie wir auf die Idee kommen können, davon etwas abzuzwacken und da eine Kita hinzubauen. Wir haben es dann in mühsamen Verhandlungsrunden, ich kann mich noch gut erinnern, am Anfang war das sakrosankt, geschafft, dass diese Sickergrube zum Beispiel dann dem Schulhof zugeschlagen wird. Die hat natürlich im Moment noch lange nicht die Qualität, wie diese schon geschaffenen kleinen grünen Paradiese. Trotzdem ist es gelungen, nicht zur Mindestgröße des Schulhofs zurückzukehren, sondern trotzdem noch einen relativ großen Schulhof dann einzurichten. Das war der eine Themenkomplex, der immer noch nicht für alle am Ende befriedigend gelöst ist. Ich will nur einfach hinweisen, dass da schon ganz viel Kompromiss drinsteckt.

Der zweite Punkt ist, und so habe ich das jetzt verstanden, die Vorgeschichte kenne ich nicht genau, wir haben es hier mit einer Kleingartenanlage besonderer Art zu tun, die wir aber erhalten wollen und die wir auch konsolidieren wollen, die wir aber auch durch neue Durchwegung und höhere Attraktivität in eine attraktivere Zukunft entwickeln wollen. Da machen offensichtlich diese bisher genutzten oder zum Parken genutzten Flächen so keinen Sinn. Da muss ich schon sagen, es ist nicht unsere Ansage, dass jemand, der in Karlsruhe wohnt und in einer solchen zentralen Lage einen Kleingarten mietet, egal ob das jetzt klassisch Kleingarten ist oder nicht, hier nicht in eine offene Diskussion darüber treten kann, dass nicht das gilt, was in anderen Kleingartenanlagen auch gilt, dass es nämlich Parkanlagen gibt. Von denen aus muss ich dann mit meinen Schubkarren oder meinem Bollerwagen oder so irgendwo hin. Ich muss aber auch noch berücksichtigen, dass es hier eine sehr zentrale und ÖPNV-mäßig wahrscheinlich keine besser angebundene Anlage dieser Art gibt und ich deswegen schon auch erwarten kann, dass ich mit dem Bollerwagen, vielleicht mit der Straßenbahn oder anderswo da hinkomme.

Und der dritte Punkt ist, ich war auch vor Ort vor ein paar Jahren. Als wir das Gehwegparken abgeschafft haben in der Eisenlohrstraße, habe auch mit den Anwohnern auf der Straße gestanden, wir haben rumdebattiert. Dieses Wohngebiet hat ein ungelöstes Parkproblem. Das hat sehr viel mit drei Gruppen zu tun, nämlich denen, die dort wohnen, denen, die dort Praxen und Kanzleien und alles Mögliche unterhalten, wo ich im Einzelfall übrigens gar nicht mal so sicher bin, wenn wir mal mit einer Zweckentfremdungssatzung kämen, wie das aussähe. Und das Dritte ist - das haben mir die Anwohner glaubhaft berichtet -, es gibt viele Pendler, die dann statt bei der Rentenversicherung oder anderswo auf die Angebote einzugehen, lieber dort im Wohngebiet parken. Da könnte ein vernünftiges Anwohnerparken schon zu einer Konsolidierung führen, weil Anwohnerparken nicht bedeutet, dass tagsüber nur Anwohner parken dürfen, sondern da gibt es Quotierungen, die tagsüber anders sind als nachts und die eigentlich genau das sicherstellen wollen. Da müssen wir uns noch um eine Lösung bemühen. Genauso wie wir auch gesagt haben, dass wir in der Eisenlohrstraße den Straßenquerschnitt noch einmal hinterfragen müssen. Da gibt es ungenutzte Verkehrsinseln, auf denen jetzt geparkt wird. Da gibt es ein paar

Büsche, von denen ich bezweifele, dass die noch einen großen Wert haben. Das muss man sich alles noch einmal insgesamt angucken. Alles drei findet sich letztlich als Problemstellung in diesem Bebauungsplan wieder.

Trotzdem ist der Bebauungsplan, glaube ich, richtig, weil er in die Dinge in die richtige Richtung entwickelt. Wir haben noch eine Bürgerbeteiligung. Wir haben sicher noch manche kontroverse Diskussion. Aber es ist in vielen Bereichen schon versucht worden, Kompromisse zu finden. Aber ich glaube, die ganze Palette der Probleme zeigt, dass wir es am Ende nie für alle 100prozentig befriedigend umsetzen können. Insofern lassen Sie uns bitte die Aufgabenstellungen gemeinsam anschauen: Wo parken die dann noch verbliebenen Kleingärtner, wie bekommen wir die Eisenlohrstraße, dieses Viertel, so weiterentwickelt, dass alle die Chance haben, zu ihrem Recht zu kommen, wie reduzieren wir gleichzeitig die heute offensichtlich noch bestehende Attraktivität, dass viele dort parken, die dort eigentlich nichts zu suchen haben.

So würde ich versuchen, die Problemlage zusammenzufassen. Jetzt kommen wir zur Abstimmung und ich rufe zunächst auf den Änderungsantrag der CDU. – Der ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann rufe ich die eigentliche Beschlussvorlage auf. – Mehrheitliche Zustimmung

Vielen Dank, das ist dennoch ein starker Rückenwind für diese Vorlage, die wir jetzt sicherlich noch weiter kontrovers auch mit der Bürgerschaft diskutieren.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
14. Juli 2021